

11. Ein Hoch auf den Kuschelkurs

Der nicht nur von oppositionellen Politikern kritisierte Kuschelkurs, der zurzeit in Österreich gepflegt wird, findet meine Zustimmung. Seit jeher bin ich ein Anhänger der viel geschmähten Großen Koalition. Mir ist bewusst, dass es Abstriche von der eigenen Parteilinie geben und man, wie meistens unsinnig gesagt wird, »Opfer« bringen muss. Gehört nicht der Kompromiss wesensmäßig zur Demokratie? Die beiden großen Parteien, SPÖ und ÖVP, haben sich zusammengerauft. Bundeskanzler Genosse Faymann und der Herr Vizekanzler Pröll scheinen sich gut zu verstehen und versuchen, einen Ausgleich zu finden. Das halte ich für einen völlig normalen Vorgang in einer funktionierenden Republik. Leider ist es gelungen, die beiden großen Volksparteien, die auf Mittelgröße geschrumpft worden sind, lange Zeit auseinanderzuidividieren. Das stört mich.

SPÖ und ÖVP vertreten unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und müssen als staatstragende Parteien die erforderlichen Arrangements zwischen den verschiedenen Interessen finden. Nur lassen die klein gewordenen Großen die Klarheit vermissen, die ihre frühere Stärke ausgemacht hat. Das merken die Bevölkerungsschichten, die sie vertreten haben. Die Leute, denke ich mir, wollen Klarheit und keinen Einheitsbrei, in dem nichts zu erkennen ist. Gleichzeitig müssten die klein gewordenen Großen sich strikt auf das Terrain beschränken, das der frühere Nationalratspräsident Andreas Khol als Verfassungsbogen bezeichnet hat.

Dass weder SPÖ noch ÖVP nach diesem erschreckenden Kärntner Wahlergebnis sofort Stellung gegen die Verehrer des deutschtümelnden Heilands bezogen haben, ist – sehr vornehm gesagt – zumindest eigenartig. Beim Nachdenken darüber steigt mein Zorn über das gemeinsame Schweigen. Genau betrachtet, handelt es sich um eine Beschädigung der Demokratie.

Ich werde nicht müde zu wiederholen, was Herr Sarkozy gesagt hat: »Über Antisemitismus in Frankreich diskutiere ich nicht. Er wird bekämpft.« Für Österreich müsste es heißen: Über rassistische Einstellungen diskutieren wir nicht. Sie werden bekämpft. Das ist eine Einstellung, die ich hier nicht höre. Herr Faymann und Herr Pröll müssten sich vor die Österreicherinnen und Österreicher hinstellen und klar und vernehmlich verkünden: Die Gefahr ist gegeben, dass es wieder deutschnational wird und/oder noch Schlimmeres droht. So eindeutig müssen sich die großen staatstragenden Parteien deklarieren! Wenn die beiden Blöcke SPÖ und ÖVP zusammenarbeiten, müssten sie stark genug sein, einem Herrn Westenthaler oder einem Herrn Dörfler oder einem Herrn Scheuch und den anderen Politlobos die Stirne zu bieten. Doch ohne Klarheit wird es nicht gehen. Ein Kuschkurs gegenüber Rechts wird dazu führen, dass die Rechten die Kuscher auffressen.

Man kann doch das Land, unser Österreich, nicht schon wieder diesen Plutzern überlassen! Wenn ich diese Typen sehe, denke ich immer an einen Satz meiner Mutter: Am Lachen erkennt man den Narren. Ich frage mich: Was traue ich dem zu? Und den meisten, die mit ihren schwammigen Gesichtern auf diesen Bildern auftauchen, traue ich nichts zu. Wenn man sich

die Gesichter anschaut, braucht man die politische Einstellung gar nicht mehr abzufragen. Sie lässt sich an diesen wunderbar ablesen. Diese Herrschaften müssen den Mund gar nicht aufmachen.

Manche ergänzen diesen dumpfen Gesichtsausdruck noch mit Zierschmissen, Schmucknarben geheißen. Mich erinnert das alles an die Zeit, in der sich die Burschenschaftler und die Deutschnationalen vorbereiteten, um dem »Judenstaat« oder der »Judenrepublik« den Garaus zu machen, und sich so manche aus ihren Löchern wagten, um die Politiker lauthals zu beschimpfen und Spottlieder zu singen. Gut erinnere ich mich, wie Engelbert Dollfuß als Millimeternich beschimpft wurde und der Vers »Engelbert, hau's Kind auf d' Erd« gegröhl wurde. Mir ist bewusst, welchen Beitrag Dollfuß für das Ende der Ersten Republik geleistet hat, doch mir ist auch bewusst, dass der kleine, tapfere Mann nie vor den Nazis kapituliert hat. Als überzeugter Gegner des Hitlerismus musste er als erstes prominentes Mordopfer der Nationalsozialisten sterben. Wie unmenschlich sie sich schon damals aufgeführt haben, konnte man bereits an diesem Mord erkennen. Sie ließen ihn verbluten. Dem streng katholischen Mann wurde die Letzte Ölung von den ihn Verhöhnenden und Verspottenden verweigert. Die Bezeichnung »Schweinerei« für dieses Verhalten ist als sehr freundliches Kompliment zu bewerten.

Unverständlich, dass sich die beiden früher einmal großen Parteien nicht dazu aufraffen können, klare Positionen zu beziehen und auf die tiefe »Blutsverwandtschaft« hinzuweisen, die zwischen den damaligen Rädelsführern und den heutigen Rechtspopulisten besteht!

Da ich zusehen muss, wie mein Land vor die Hunde geht, ist es mir wichtig, dass sich die beiden Volksparteien endlich wieder an ihre Positionen erinnern. Ich gehe nicht zur Wahl, um über den Herrn Faymann, den Herrn Pröll oder den teigigen Herrn Westenthaler zu befinden, sondern um eine Ideologie zu unterstützen. Wenn ich einen bestimmten Menschen wähle, muss mir klar sein, der kann morgen tot sein. Dann muss ich einen anderen Menschen wählen und der denkt anders als der Verstorbene. Vielleicht unterscheidet er sich nur marginal von seinem Vorgänger. Die grundsätzlichere Entscheidung ist es aber, sich für oder gegen eine Richtung zu entscheiden. Ein einziges Mal habe ich mich für einen konkreten Politiker ausgesprochen. Das war Bruno Kreisky, weil er ein ganz bestimmtes Format hatte. Und ich habe genau gewusst, wo Kreisky steht, wofür er sich einsetzt und was er zu verteidigen hat.

Überlegungen, in welche Richtung ein Land gelenkt werden soll, gelten natürlich auch für die Nachbarstaaten. Wer sich in Deutschland wegen Persönlichkeiten wie Willi Brandt oder Helmut Schmidt für die SPD entschieden hat, steht vor einem Dilemma. Der eine ist tot und der andere ist in Pension. In der Sozialdemokratie stand mit Kurt Beck ein Mann an der Spitze, der einem, nach den beiden vorhin Genannten, vielleicht wenig sympathisch ist. Franz Müntefering kommt möglicherweise näher an die Vorbilder Brandt und Schmidt heran. Sollte einem auch Frau Merkel unsympathisch sein, was dann? Entscheidet man sich nun nicht für die Ideologie oder die Inhalte der Partei, beginnt die Suche nach einer anderen Gestalt. Dann kann es passieren, vorausgesetzt man lebt im entsprechenden deutschen Bundesland, dass durch die Wahl der FDP Herr Roland Koch unterstützt wird. Und der ist mir – aus der Distanz gesagt – zu »witzig«. Bis heute fehlt mit die Klarheit, was seine Verwicklung

in die CDU-Spendenaffäre betrifft, in der illegale Geldzuwendungen als angebliches Vermächtnis von verstorbenen Juden verbucht worden sind. Die Affäre flog 2000 auf. Mir war seine Ablehnung, Zuwanderern in Deutschland die doppelte Staatsbürgerschaft zu gewähren, zutiefst unsympathisch, weil dadurch eine mögliche Integration gebremst wurde. Nicht zuletzt ist seine Forderung (im Wahlkampf 2008), Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, leichter abschieben zu können, wenig angetan, um Schritte zur gegenseitigen Achtung zu setzen. Wenn wir nicht Ideologien wählen, sondern Menschen, dann entscheiden wir uns stets für Austauschbares. Es gibt Parteiprogramme, und die werden geschrieben, um gelesen zu werden. Die Wähler haben sich zu informieren und das Festgeschriebene einzufordern. Der Zustand, dass das, was vor der Wahl gesagt wurde, nach der Wahl nicht mehr gilt, ist nicht schweigend hinzunehmen. Ein mündiger Bürger setzt sich, wenn es ihm zu arg gegen den Strich geht, hin und schreibt an den betreffenden Herrn oder an die betreffende Dame. Wenn das viele machen, wird es sich kein Politiker leisten können, sich an Versprechungen nicht mehr erinnern zu können oder erinnern zu wollen.

Den großen Parteien mache ich den Vorwurf, dass sie nicht vor den Wähler hintreten und klar und deutlich verkünden, was sie machen wollen. Es gibt einige wenige Politiker, die das wirklich unüberhörbar machen. Leider muss ich schon wieder dieselben Namen nennen: Stadler, Strache, Dörfler, Scheuch, Westenthaler, Graf. Sie alle lassen die Österreicher klar und deutlich wissen, welche Pläne sie haben, und die sind alles andere als solche, die ich für meine Heimat befürworten könnte.

Bei einigen Leuten von Großparteien wage ich zu sagen, die sind mir zu unerfahren, zumindest jetzt noch. Frau Laura Rudas

ist bei weitem noch nicht in der Lage, die Rolle zu spielen, die sie offiziell innehat. Ich möchte in der Politik schon solche sehen, die man als »g'standene Leit« bezeichnet und nicht politische Fliegengewichte.

Wenn ich einen erfahrenen Politiker wie Hannes Androsch im Fernsehen sehe und höre, was er zu sagen hat, denke ich mir: Fix noch einmal, wenn der in die Politik zurückkommt, haben wir fünf Prozent mehr. Die fehlenden Erfolge sind nicht auf den Herrn Faymann zurückzuführen, sondern auf den Mangel echter sozialdemokratischer Gesinnung, die glaubhaft vertreten wird. Hannes Androsch ist die Verkörperung dieser Ideale, der in bewundernswerter Weise als Großkapitalist und erfolgreicher Unternehmer immer sagt: Wir Sozialdemokraten. Trotz seines Erfolges hat er sich von seiner Partei nicht abgewendet.

Ganz anders verhalten sich die kleinen Leute, der sogenannte kleine Mann, der Arbeiter, und die sogenannte kleine Frau, die Arbeiterin, die sich für irgendwelche Rattenfänger entscheiden und ihre Seele verkaufen. Die einfachen Leute haben den Eindruck – was furchtbar ist –, ihre Posten seien bedroht. Und schon wenden sie sich denen zu, die angeblich ihre Arbeitsplätze verteidigen. Als solche Beschützer spielen sich die Herren Strache, Dörfler, Stadler und Scheuch auf. Man sollte sich gut überlegen, ob es nicht besser ist, arbeitslos zu sein, als sich von solchen Heilsversprechern schützen zu lassen. Es geht nicht darum, die berechtigten Sorgen zu ignorieren. Im Gegenteil. Arbeitslosigkeit und Angst vor dem Verlust eines Arbeitsplatzes sind sehr ernst zu nehmen. Doch wenn wir uns an die »großartigen« Erfolge erinnern, die Jörg Haider als »ordentliche Beschäftigungspolitik« bezeichnet hat, muss einem angst und bange werden, wenn Heilsversprechungen aus dem rechten Lager kommen. Wer möchte ernsthaft meinen, die gesetz-

ten Maßnahmen wären der Humanität verpflichtet und gingen nicht zu Lasten von Menschen, die ebenfalls von Sorgen um ihre gesicherte Existenz geplagt werden?

Fest bin ich überzeugt, dass es ganz entscheidend auf den Einzelnen ankommt: In meiner Nachbarschaft wohnt ein Mann mit einer entzückenden slowenischen Frau und seinen wohlgeratenen Kindern. Er war Arbeiter und hat auch eine Funktion im Gemeinderat inne. Von ihm weiß man, er ist Sozialdemokrat. Täte er etwas Falsches, würde die Mehrheit sagen: »Na ja, so sans de Rot'n.« Fehler färben immer auf die Partei ab. Jedes einzelne Parteimitglied ist immer das lebende Reklameschild für die gesamte Partei. Das bedeutet: Jedes einzelne davon muss man herzeigen können. Es muss nicht makellos sein. Makellosigkeit ist bei Menschen eher selten, wenn es so etwas überhaupt gibt. Doch niemals darf es Verfehlungen geben, die anderen die Möglichkeit geben zu sagen: Der ist so, und weil der so ist, sind alle so. Der Schluss erfolgt rasch, auch wenn er nicht wahr ist.

Ich glaube, dass jeder für die Partei werben soll, aber gleichzeitig auch eine Werbung für die Partei sein muss. Jedes Mitglied ist ein wandelndes Plakat. Jeder Einzelne muss an seinem Verhalten erkennen lassen, dass die gelebte Praxis eine vernünftige und vor allem humane Basis hat. Wenn ein honoriger Mensch im täglichen Leben klar erkennbar seinen sozialdemokratischen Prinzipien folgt, dann ist das die beste Werbung, die für die Partei gemacht werden kann. Das gilt selbstverständlich auch für die anderen Parteien, die im Verfassungsbogen beheimatet sind.

Sollte sich einer völlig danebenbenehmen, dann ist – auch wenn es sehr weh tut – eine Untersuchung und rückhaltlose Darstellung der Vorfälle notwendig. Und wenn die Verfehlun-

gen wirklich gravierend sind, muss es einen Ausschluss aus der betreffenden Partei geben. Die häufig geübte Praxis, einen, der sich inkorrekt verhalten hat, vorübergehend in die zweite Reihe zu versetzen und ihn, nachdem über die Affäre Gras gewachsen ist, auf den nächsten wohldotierten Versorgungsposten zu schieben, ist nicht nur unappetitlich, sondern munitioniert auch jene auf, die angeblich im Namen des kleinen Mannes gegen die Privilegienritter auf Feldzug sind.

Ich habe keine Sympathie für Verfehlungen, aber man sollte sich doch überlegen, ob es richtig und sinnvoll ist, aus einem Einzelfall ein Urteil zu konstruieren, das die gesamte Partei für immer schädigt. Wo Menschen tätig sind, menschelt es. Das wird nicht zu ändern sein. Außerdem sollte man nicht vergessen, dass es Gruppierungen und Organisationen gibt, die sich Verfehlungen schuldig gemacht und dennoch überlebt haben. 1985 wurde Österreich vom Glykolweinskanal erschüttert. Der Schaden war enorm. Über Jahre hinaus war das Image geschädigt. Doch die stärkere Kontrolle, die neuen Gesetze führten dazu, dass die Exporte österreichischer Weine dank ihrer Qualität stark zugenommen haben. Nichts wäre schlechter gewesen, als den Skandal zu vertuschen und so zu tun, als wäre alles bestens. Wenn das beim Wein geht, warum sollte das nicht auch bei anderen Dingen möglich sein?

Unzufrieden mit dem Zustand der SPÖ sind auch Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeit ich sehr schätze. Erika Pluhar, die auch schon 70 geworden ist, achte ich als eine große und interessante Persönlichkeit, die vom Schicksal nicht eben begünstigt wurde. Sie ist nicht nur von gewinnendem Äußeren, sondern auch gescheit und treu und anständig. Bei ihr sieht man, wie bei Erwin Steinhauer, den ich auch als grandiosen Schau-

spieler liebe, dass einen Parteien, denen man nahe steht und die einem nahe stehen, manchmal derartig abstoßen können, dass man nicht mehr schweigen kann. Und weil man sich um die Partei kümmert und weil man sie vielleicht sogar liebt, sich negativ äußern muss. Die Pluhar und der Steinhauer haben einen Instinkt für die Politik, der ihnen klarmacht, dass sich die SPÖ grundsätzlich neu zu orientieren hat. Das bedeutet: Rückkehr zu den Grundsätzen, die leichtfertig aufgegeben worden sind, weil man Angst hatte vor dem blauen, später orangefarbenen Austropopper und seinen Nachäffern.

Mich beunruhigen zwei Entwicklungen: die abnehmende Bereitschaft, zu den Wahlen zu gehen, und die faschistischen Tendenzen in zahlreichen europäischen Staaten. Ich denke an Zeiten, da wir Bundespräsidenten oder den Nationalrat wählten und uns für den Wahlgang in festliche Kleidung hüllten. In Groß Enzersdorf ging man von der Messe direkt an die Urne, oder umgekehrt. Da kam zum Ausdruck, dass die Österreicher lange nicht wählen durften und die Möglichkeit, die Stimme in geheimer Wahl abgeben zu können, als ein Privileg empfunden wurde, das wenige Kilometer nördlich und östlich nicht gegeben war. Die Österreicher haben vergessen, dass man mit dem Stimmzettel Dämme gegen den bräunlichen Schlamm und den damit verbundenen blutigen Terror bauen kann. Ich hoffe, dass die Menschen das begreifen: Ein Wahlgang ist mehr als eine Stimmabgabe. Wählen heißt, sich zur Demokratie bekennen und die Chance zu nützen, die Demokratie und unsere Nation, die wir zum Ärger gewisser Leute doch sind, zu schützen.

Ich habe vor Jahren gesagt, Frau Heide Schmidt hatte bei ihrem Antritt als Bundespräsidentenskandidatin ein Problem: Hinter ihr stand ein damals schon sehr erfolgreicher Mann.

Ein Mann, der Fallen- und Haxelsteller zugleich war, und der in seiner »Gesinnungsgemeinschaft« wenig Achtung vor den ihn umgebenden Persönlichkeiten zeigte. Schmidt wurde nicht als Dame im wahren Sinn des Wortes wahrgenommen, sondern im Sinn des Schachspiels eingesetzt. Ich erinnere daran, weil auch in den Nachbarstaaten Politschach gepflegt wird. In Ungarn beispielsweise betätigt sich die Magyar Garda, die schwarze Garde, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die »Zigeuner« mit der Begründung zu verfolgen, dass jeder von ihnen seiner »zigeunerischen Einstellung« gemäß zumindest einen Ungarn umzubringen habe. Im Politschach gesprochen: Es werden Bauern gesucht, die zu Sündenböcken gemacht werden können. Unfassbarerweise gibt es zahlreiche Trottel in Ungarn, die diese faschistische Propaganda glauben. Man braucht in der Geschichte gar nicht weit zurückzugehen, um zu erkennen, dass solche Botschaften auch bei unserem nördlichen Nachbarn und bei uns selbst auf fruchtbaren Boden fielen. Die Deutschen, die sich selbst gerne als das Volk der Dichter und Denker verstehen, um anzudeuten, sie besäßen den klaren Durchblick, haben dem idiotischen General Ludendorff geglaubt, als er vor der Verschwörung der »Weisen von Zion« warnte und tief im antisemitischen Schlamm wühlte.

All diesem Unfug kann man nur entschieden entgegentreten, wenn man sich bildet, durch das eigene Verhalten, durch die unmissverständlich geäußerte eigene Meinung und die Aufforderung an die anderen: Weist nach, dass ich mich irre. Weist nach, dass mein Verhalten falsch ist. Und wenn ihr den Nachweis erbringt, werde ich mich ändern.

Wie sehr sich Zivilcourage lohnt, sieht man manchmal selbst an sehr konservativen Vereinigungen wie der katholischen Kirche – geführt vom deutschen »Wir sind Papst«-Vatikan. Ob der Herr Bischof Hudal aus Gründen der Menschlichkeit oder aus bloßer Geldgier nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beauftragt wurde, als Fluchthelfer Nazis und Kriegsverbrecher nach Südamerika zu schleusen, ist mir nicht bekannt. Doch man sieht, dass permanente Kritik – auch aus dem Klerus – mitgeholfen hat, diesen hohen Würdenträger kritisch zu betrachten.

Und siehe da, so versteinert ist der Vatikan nicht mehr, dass er nicht auf Kritik hört. Solange ich lebe – und das sind bald neunzig Jahre – ist es zum ersten Mal gelungen, dass eine Bischofsnennung durch gesellschaftlichen Druck zurückgenommen werden musste. Ein Pfarrer wie Gerhard Maria Wagner, der einen Hurrikan als Strafe für die Abtreibungspraxis, den Zauberlehrling Harry Potter für eine Verharmlosung des Satans und Homosexualität für eine Krankheit hält, hat in Österreich nichts zu suchen. Daher war es richtig zu sagen: Da müssen wir Maßnahmen ergreifen, der darf nicht Bischof werden. Wenn der Vatikan einsieht, solche Leute kann man nicht halten, dann ist das ein Triumph der Menschlichkeit. Es ist auch zu begrüßen, dass Papst Benedikt gegen den traditionalistischen Williamson auftritt und seine Holocaust-Verharmlosung mit klaren Worten zurückgewiesen hat. Unabhängig davon, ob einer Kleriker ist oder nicht, Volksverhetzer gehören an den Pranger. Solche Idioten oder böswilligen Teufel – andere Bezeichnungen fallen mir für diese Menschen nicht ein – kann man nicht unwidersprochen toben lassen. Dass es Bestrebungen gibt, den Pfarrer Wagner zum Ehrenbürger seiner Gemeinde zu machen, zeigt aber auch, wie viel Aufklärungsarbeit noch notwendig ist.

Wenn es möglich ist, dass eine Organisation wie die katholische Kirche gezwungen werden kann, Pannen einzugestehen, sich kritische Fragen gefallen lassen muss, wenn also eine weltweit tätige Vereinigung zu Veränderungen gezwungen werden kann, ein riesiges Schiff, beladen mit zweitausend Jahren Tradition, zur Kurskorrektur veranlasst werden kann, dann müsste das doch in einem so kleinen Schiffernackel wie Österreich auch möglich sein. Rassistische Tendenzen, antisemitische und anti-muslimische Wortspenden sind in diesem Land unerwünscht.